

Manuskript**Beitrag: Auf Kosten der Sicherheit –
Billige Arbeitskräfte am Flughafen****Sendung vom 21. Oktober 2014**

von Michael Haselrieder und Reinhard Laska

Anmoderation:

Pünktlich zum Ferienbeginn streiken die Piloten, und viele Menschen wissen nicht, ob sie in den Urlaub starten können. In Berlin müssen sich Reisende auch noch andere Sorgen machen – um ihre Sicherheit. Wieder geht es um einen Streik, aber diesmal nicht um den der fliegenden Spitzenverdiener. Nein, diesmal kämpft das Bodenpersonal gegen Lohndumping. Dem Arbeitgeber sind seine erfahrenen Mitarbeiter zu teuer. Deshalb ersetzt er sie zunehmend durch billigere Angestellte und Leiharbeiter. Das aber kostet Sicherheit, wenn die ohne ausreichende Überprüfung in sicherheitsrelevante Bereiche kommen. Michael Haselrieder über einen Warnstreik, der wirklich warnt.

Text:

Flughafen Berlin-Tegel – ohne das Bodenpersonal hebt hier keine Maschine ab, kann kein Passagier seinen Koffer aufgeben.

Vergangenen Freitag, Punkt 12 Uhr: Das Check-in-Personal legt die Arbeit nieder. Ein Warnstreik. 220 Kollegen verlieren Anfang November ihren Arbeitsplatz und sollen durch Billig-Lohnkräfte ersetzt werden.

***O-Ton Romana Vicedomini, Mitarbeiterin Check-in:
Ich bin hier zum Streik gekommen, weil ich finde das unakzeptabel, dass hier Leute, die die Firma aufgebaut haben, vor 27 Jahren, so billig abgefertigt werden.***

***O-Ton Cornelia Hecht, Betriebsratsvorsitzende Check-in:
Unsere Hauptforderung ist, dass wir hier nicht billig entsorgt werden, dass langjährige Mitarbeiter nicht einfach in die Arbeitslosigkeit geschickt werden.***

***O-Ton Roswitha Schrader, Mitarbeiterin Check-in:
Vorgestern war ich genau 23 Jahre hier in der Firma. Und***

man wird jetzt zum Schluss noch behandelt wie der letzte Dreck.“

Schon 2008 hatten sie es geahnt. Bis dahin gehörte das Bodenpersonal zur Lufthansa und zur staatlichen Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg – mit gute Arbeitsbedingungen und guten Löhne. Dann wurde ihre Firma, die GlobeGround, privatisiert und an die WISAG verkauft. Die Politik verteidigte diesen Schritt.

O-Ton Matthias Platzeck, SPD, ehemaliger Ministerpräsident Brandenburg:

Wir haben eine verantwortbare Entscheidung getroffen und zwar im Interesse des Unternehmens. WISAG ist ein Unternehmen, das in der Vergangenheit bewiesen hat, über viele Jahre, dass es verantwortbar und gut mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgeht.

Die WISAG ist einer der größten Dienstleister Deutschlands mit 48.000 Mitarbeitern – von der Reinigungskraft bis zum Flughafenpersonal. Gerne wirbt das Unternehmen mit der Wertschätzung für seine Mitarbeiter:

O-Ton WISAG-Werbespot:

„Damit meinen wir die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen. Respektvoll, offen und mit großem Vertrauen.“

Doch davon ist in der Realität wenig zu spüren. Denn nach der Übernahme spaltet die WISAG die GlobeGround kurzerhand auf, gründet Subunternehmen: die AGSB für das Vorfeld, die AWSB für die Werkstatt und die APSB für den Check-in.

An diese drei Subunternehmen vergibt die GlobeGround Aufträge für Arbeiten am Flughafen – und kann sie ihnen auch wieder entziehen. Und genau das ist der APSB widerfahren. Alle 220 Check-in-Mitarbeiter verlieren so ihre gut dotierten Arbeitsverträge. Das Check-in übernimmt eine neue Firma, deren Mitarbeiter verdienen deutlich weniger.

O-Ton Prof. Stefan Sell, Sozialwissenschaftler, Hochschule Koblenz:

Dieses private Unternehmen privatisiert jetzt weiter. Die spalten ihre Leute in einzelne Untergesellschaften auf, die dann noch schlechtere Bedingungen haben. Es geht hier immer nur um Kostensenkungen. Und hier ganz konkret um Lohnkostensenkung.

Das bekommt jetzt auch Jürgen Lippert zu spüren. Seit 24 Jahre arbeitet er im Check-in am Flughafen Tegel, berät die First-Class-Kunden der Lufthansa. Jetzt verliert er seinen Arbeitsplatz. Er könnte bei der neuen Firma anfangen, müsste dann aber auf seine hart erarbeiteten Zulagen verzichten und würde nur noch

den Grundlohn bekommen.

O-Ton Jürgen Lippert, Check-in-Mitarbeiter:
Also, die Firma hat ja angedeutet, wenn wir bei der neuen, billigeren Firma unterschreiben würden, müssten wir ungefähr auf die Hälfte des momentanen Gehaltes verzichten.

O-Ton Frontal21:
Könnten Sie das denn?

O-Ton Jürgen Lippert, Check-in-Mitarbeiter:
Das kann ich nicht, weil ich momentan Alleinversorger bin und meine achtjährige Tochter natürlich noch im Hause wohnt.

In zwei Wochen hat der 52-Jährige seinen letzten Arbeitstag. Dabei war ihm sein Verdienst erst 2013 in einem Tarifvertrag garantiert worden. Doch weil die ganze Firma dicht gemacht wird, ist der Vertrag nun wertlos.

Hinter all diesen Firmen am Flughafen steht Claus Wisser. Er hat die WISAG gegründet, hat es vom Putzmann bis zum Multi-Millionär gebracht. Heute präsentiert er sich gerne als sozialer Arbeitgeber. Bei einer Pressekonferenz fragen wir ihn, wie das mit der Entlassung der Check-in-Mitarbeiter bei der APSB zusammenpasst.

O-Ton Claus Wisser, Firmengründer WISAG:
Die Löhne waren weit über dem, was marktüblich ist. Wir haben uns mit den Mitarbeitern über Jahre nicht einigen können. Und der Betriebsrat ist sozusagen außer Kontrolle geraten. Aber ich will das jetzt auch nicht weiter diskutieren.

Später teilt uns die Firma GlobeGround schriftlich mit,

Zitat:
„Wir bemühen uns derzeit, sowohl in den betreffenden Gremien als auch in Einzelgesprächen darum, Lösungen für die von Ihnen angesprochenen 220 Mitarbeiter zu finden.“

Die Personalpolitik der WISAG aber geht nach Informationen von Frontal21 auch auf Kosten der Sicherheit am Flughafen.

Roy Henson ist Betriebsrat für den Bereich des Vorfelds. Weil Personal zu den Billigkonditionen schwer zu finden sei, mussten Ende August über drei Wochen Leiharbeiter eingesetzt werden.

O-Ton Roy Henson, Betriebsrat Vorfeld, AGSB:
Die haben einen Treffpunkt außerhalb des Flughafens gemacht. Dann wurden sie von einem unterzeichnungsberechtigten Mitarbeiter der WISAG durch

die Sicherheitskontrolle gebracht. [Ihnen] wurden dann ein Tagesausweis, ein Besucherausweis gegeben.

Die Leiharbeiter hätten im Sicherheitsbereich Koffer verladen. Zwar unter Aufsicht, aber ohne die vorgeschriebene Zuverlässigkeitsüberprüfung.

Wir treffen einen Mitarbeiter, der seit mehr als zehn Jahren auf dem Vorfeld, also direkt am Flugzeug arbeitet. Er will unerkannt bleiben, hat Angst, seinen Job zu verlieren.

O-Ton Vorfeld-Mitarbeiter:

Wir werden komplett durchleuchtet, müssen ein Führungszeugnis vorlegen. Das dauert drei Monate. Dass Tagelöhner jetzt auf den Flughafen kommen, ohne Sicherheitscheck, das habe ich noch nie erlebt.

Unsere Recherchen zeigen wir Jörg Radek vor der Gewerkschaft der Polizei. Er kritisiert die Praktiken am Flughafen Tegel. Die Sicherheit werde an einer sehr sensiblen Stelle aufgeweicht.

O-Ton Jörg Radek, stellv. Bundesvorsitzender Gewerkschaft der Polizei:

Auf der einen Seite kontrollieren wir sehr sorgfältig mit hohem Aufwand – Körperscanner beispielsweise – den Flugreisenden. Aber da, wo es um sein Gepäck geht oder wo es um die Luftfracht geht, da wird das System durchlöchert. Durchlöchert durch solche Maßnahmen, wo man die Ausnahme zur Regel werden lässt.

Wir bitten die Flughafengesellschaft, die FBB, um Stellungnahme. Unsere detaillierten Fragen werden nur allgemein beantwortet, der Vorfall selbst nicht bestritten.

Zitat:

„Es gibt kein Sicherheitsproblem am Flughafen Tegel. (...) Sollte es bei einzelnen Dienstleistern zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein, wird die FBB dies mit der notwendigen Konsequenz verfolgen.“

O-Ton Jörg Radek, stellv. Bundesvorsitzender Gewerkschaft der Polizei:

Wir haben hier eine Sicherheitsgarantie für die Bürger zu übernehmen. Das muss wieder gewährleistet sein. Und andererseits: Wenn man eben meint, man soll es den Sicherheitsfirmen überlassen, dann müssen diese Sicherheitsfirmen auch eine Garantie dafür abgeben, dass sie sorgfältig, dass sie zuverlässiges Personal einstellen.

Wenn es um die Sicherheit am Flughafen geht, dürfen unternehmerische Interessen nicht an erster Stelle stehen.



Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.